



# Blüht noch Hoffnung angesichts der Mauer?



Franz-Roger Reinhard

Foto: privat

**A**ls Mitglied von pax christi und als Mitarbeiter in einigen örtlichen Friedensgruppen im Münsterland war ich von Februar bis April 2004 in einem Freiwilligen Friedensdienst in Ostjerusalem im Einsatz. Im Rahmen eines Solidaritätsprogramms des Ökumenischen Rates der Kirchen für Palästina und Israel lebte und arbeitete ich mit zwei Teamgefährten in Sawahreh und Abu Dis, den östlichen Vororten von Jerusalem. Wir waren einer Einladung des örtlichen Bürgerkomitees, das den gewaltfreien Widerstand gegen den Bau der Trennungsmauer organisiert, dorthin gefolgt.

Die Situation in Sawahreh ist durch den Bau der Mauer und durch die zahlreichen Kontrollpunkte der Besatzungsmacht Israel für die Bevölkerung buchstäblich ausweglos geworden. Die Menschen fühlen sich eingeschlossen wie in einem großen Gefängnis.

„Ist das ein Leben? Sollen wir wie unsere Hühner im Käfig leben?“ So oder ähnlich beschrieben mir die Nachbarn ihre Empfindungen.

Ich wurde Zeuge barbarischer Hauszerstörungen durch die Armee Israels und alltäglicher Demütigungen palästinensischer Passanten an den Straßenkontrollen. Ich nahm die Einschränkung der Bewegungsfreiheit und deren Folgen für alle Lebensbereiche der Bevölkerung wahr. Sie erfährt sich abgeschnitten von ihren Bildungseinrichtungen, ihrer Gesundheitsversorgung und von den Arbeitsplätzen. Mit der Teilung des Ortes sind Familien und sogar Ehen getrennt worden.

## Der mögliche Widerstand

Ich will nicht verschweigen, dass es so aussieht, als sei das Schicksal Sawahrehs besiegelt. Nach vielen Jahren vergeblichen Widerstands breitet sich Resignation aus. Gleichzeitig steigt der Druck im Kessel. Und die Gefahr, dass Hoffnungslosigkeit die Menschen in die Arme gewaltbereiter Gruppen treibt, ist groß. Es gibt aber noch mehr Menschen in Sawahreh, die auch nach 37 Jahren Besatzung nicht resigniert haben und sich weigern, ihre Stadt für immer teilen zu lassen. „Israel will uns unsere

Geschichte nehmen; aber wir lassen das nicht zu.“ (Jihad vom Bürgerkomitee)

Unter den beschriebenen Umständen seinen Alltag zu bestreiten, sein Überleben für sich und seine Familie zu sichern, erscheint mir eine Form des gewaltfreien Widerstands. Wir waren an der Vorbereitung zweier Demonstrationen gegen die Mauer beteiligt, die das örtliche Komitee organisiert hatte. „Der israelische Staat hat Angst vor unserem gewaltfreien Widerstand. Der ist der einzige Ausweg für uns. Wir können nicht Opfer und Kriminelle zugleich sein.“ (Abu Gosh vom Bürgerkomitee) Die Mitglieder des erwähnten Bürgerkomitees versuchen Brücken zu schlagen über die Mauer. Sie laden israelische Bürger zu einem Besuch in Sawahreh ein, organisieren Jugendtreffs zwischen Israelis und Palästinensern. Wir fanden uns vor der Mauer in Abu Dis zusammen mit internationalen und vielen israelischen Friedensaktivisten.

Die Hoffnung der Palästinenser ruht nicht zuletzt auf der Hilfe durch die europäische Staatengemeinschaft, trotz Enttäuschung über deren Unentschlossenheit gegenüber der Unterstützung Israels durch die USA.

## Blüht noch Hoffnung im Schatten der Mauer?

Ich setze meine Hoffnung in die israelischen Kriegsdienstverweigerer jeden Alters und Ranges. Sehr bedeutsam erscheint mir das Zeug-

nis ehemaliger Soldaten an den Checkpoints in den besetzten Gebieten, die unter dem Druck ihrer schlimmen Taten nicht länger schweigen können und die israelische Öffentlichkeit informieren. Sie machen die verheerenden Folgen der Besatzung für die israelische Gesellschaft sichtbar.

Ich vertraue der wachsenden Zusammenarbeit der meisten israelischen Friedensgruppen mit palästinensischen Menschenrechtsorganisationen. Besonders beeindruckt bin ich von der Begegnung mit Menschen vom „Families Circle“. Hier treffen sich Familien von beiden Seiten des Konflikts, die Opfer der Gewalt zu beklagen haben. Sie sind aus dem Teufelskreis der Rache ausgestiegen, nachdem sie ihr Leid geteilt und als ein gemeinsames erfahren haben. Sie arbeiten nun für Verständigung und Versöhnung.

## Möglichkeiten und Grenzen eines Friedensdienstes

Das Teilhaben am Leben der Menschen in Palästina unter den sehr erschwerten Bedingungen hat mir nahe gelegt, den Konflikt in Nahost etwas anders zu sehen: Es geht um menschenwürdiges Leben und Zusammenleben zuerst. Und dazu gehört das Land; noch immer geht es um Land und nicht um den Kampf der Kulturen oder Krieg gegen den Terrorismus.

Die praktizierte Solidarität in den drei Monaten meines Einsatzes galt in erster Linie den



Die Straßenkinder von Sawahreh lassen sich ihre Phantasie nicht nehmen. Bunte Getränkedosen als Zeichen der Hoffnung. Gestaltung und Foto: Franz-Roger Reinhard

Betroffenen der andauernden israelischen Besatzung. War sie deswegen einseitig? Das Programm schreibt den Freiwilligen Unparteilichkeit im Konflikt als Voraussetzung für den erhofften Erfolg vor. Die Solidarität gilt den Opfern auf beiden Seiten wie den StreiterInnen für gewaltfreie Friedensarbeit. Immer gilt es Menschenrechte zu verteidigen.

Meine „Seite“ ist ein gerechter Ausgleich und die israelische Besatzung als Zentrum der Diskussion. Eine offensichtliche Einseitigkeit, eine deutliche Asymmetrie besteht zwischen Israel und Palästina bezüglich der militärischen und wirtschaftlichen Macht. Israel ist als einziger staatlicher Akteur in besonderer Verantwortung für die Entwicklung aus der Sackgasse. Nach meiner Überzeugung ist eine veränderte Wahrnehmung des Konflikts in der Weltöffentlichkeit notwendig, die von den israelischen „Vorgaben“ der Tagesordnung bestimmt ist. Es braucht einen neuen Rahmen für eine dauerhafte Lösung, die der palästinensischen Forderung nach einem gerechten Frieden genauso Raum gibt wie dem israelischen Bedürfnis nach Sicherheit. Das schließt einen regionalen Frieden und regionale Entwicklung durch Integration ein. So können beide nur gewinnen, nachdem längst klar ist, dass keiner den anderen Kontrahenten besiegen kann.

### Wie das Graben einer Rinne

Die besondere Stärke des Freiwilligendienstes erlebte ich in der Nähe zu den Menschen. Das Teilen des Alltags für einige Zeit ist ein nicht unwesentlicher Teil der Solidarität und des bezeugten Friedenswillens. Anteil nehmen und zuhören, das Erfahrene aushalten mit den Betroffenen, das ist der immer mögliche Beistand. Ich lasse mich im Herzen betreffen vom Leid, ohne mich darin zu verlieren. Vielmehr halte ich den Kontakt zu meinen inneren Kraftquellen im Vertrauen darauf, dass dadurch beim Leidenden ein Gefühl angeregt wird, nicht allein und umsorgt zu sein. Das aber spricht zugleich dessen eigene Fähigkeiten zum Durchhalten an. „Es ist gut, dass ihr da seid!“ Das hörte ich immer wieder an den unterschiedlichsten Orten meines Einsatzes.

Sicher geht es im Friedensdienst nicht darum, sich zwischen die heißen Fronten zu werfen. Vielleicht ist die Arbeit der Freiwilligen wie das Anlegen einer Rinne im ausgetrockneten Land, damit das Wasser den Weg zu den Menschen findet, wenn der ersehnte Regen kommt ...

### Was wir in Deutschland tun können

- Uns informieren über die üblichen Nachrichten in den Massenmedien hinaus;
- Mit Freunden, in Gruppen, Schulen, Kirchen austauschen und diskutieren;
- Einmischen in die politische Diskussion und unterstützen einer politischen Lobby für das Ende der Besatzung Palästinas;
- Als Deutsche gerade wegen unserer Vergangenheit uns nicht den Mund für Kritik an der Politik der gegenwärtigen Regierung Israels verschließen lassen;
- Produkte aus Palästina kaufen, israelische Produkte aus den besetzten Gebieten boykottieren. ■

## „Die völkerrechtswidrige Mauer abreißen“

**Gegen den Mauerbau in Palästina starteten vor einem Jahr Organisationen wie die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, die paxchristi-Nahostkommission und die Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost eine Kampagne. Am 5. Juni forderten in Köln über 300 Teilnehmer/-innen in einer Erklärung die universelle Gültigkeit von Menschen- und Völkerrechten. Darin heißt es u.a.:**

Wir fordern von der israelischen Regierung, die völkerrechtswidrig schon errichteten Mauer- und Zaunabschnitte unverzüglich wieder abzureißen, hierfür konfisziertes Land an seine palästinensischen Eigentümer zurückzugeben und für die angerichteten Zerstörungen angemessenen Schadensersatz zu leisten.

Wir appellieren an die israelische wie an die palästinensische Seite, die bewaffnete Konfrontation zugunsten eines Prozesses der zivilen, gewaltlosen Konfliktbearbeitung zu überwinden. Damit dies gelingen kann, ist eine starke und aktive internationale Bewegung unverzichtbar, die die legitimen Rechte der palästinensischen Bevölkerung anerkennt und unterstützt:

■ Die Palästinenserinnen und Palästinenser haben – ebenso wie Israel in den Grenzen bis 1967 – das Recht, auf dem gesamten Gebiet der Westbank und des Gaza-Streifens ihren souveränen Staat aufzubauen, und das Recht auf Rückkehr in ihre Heimat.

Franz-Roger Reinhard steht gerne für Vorträge und Diskussionen über seine Erfahrungen zur Verfügung. Franz-Roger Reinhard, Havixbeck bei Münster, Tel: 02507-7951; E-mail: maroreinhard@web.de

Im Juli 2004 ist auch Mechtild Eisfeld von ihrem Freiwilligendienst zurückgekommen. Auch sie nimmt Einladungen an, um zu berichten: Mechtild Eisfeld, Freiburg, Tel. 0761-57968; E-mail: mechtild.eisfeld@web.de  
Weitere Einzelheiten über das Programm „Ökumenischer Friedensdienst in Palästina und Israel“ sind auf der Homepage [www.paxchristi.de](http://www.paxchristi.de) unter „Nahost/Freiwillige“ zu finden. Auch ist im Sekretariat ein neues Faltblatt zum „ÖFPI“ erhältlich.



Begrüßung durch Ellen Rohlf von der deutschen Sektion von Gush Shalom. Foto: arbeiterfotografie.com

■ Die europäischen Regierungen müssen konsequent für Menschen- und Völkerrecht in der Nahost-Region eintreten: Der skandalöse Waffenhandel in diese Krisen- und Kriegsregion muss unverzüglich und vollständig eingestellt werden. Waren aus den völkerrechtswidrigen Siedlungen in Gaza und Westbank müssen von allen Zollpräferenzen der EU ausgenommen werden. Die Produkte sind auch für die Konsumenten eindeutig zu kennzeichnen.

■ Die EU muss außerdem ihre eigenen Regeln ernst nehmen und von der israelischen Regierung die Respektierung der Menschenrechte als Voraussetzung für die Fortsetzung des Assoziationsabkommens einfordern.

Wir treten ein für die universelle Gültigkeit von Menschen- und Völkerrechten. Deswegen wenden wir uns hier in Deutschland und Europa ebenso wie in Israel-Palästina gegen Antisemitismus, Judenhass, Islamophobie und Araber-Feindlichkeit. ■